

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 1, 11. Januar 2001

Einblicke

Dämme aufrichten

Von Renate Schmidt

Es besteht die Gefahr eines schleichenden Veränderungsprozesses in unserer Gesellschaft: Eine starke Minderheit hält, ohne selbst rechtsradikal motivierte Gewalttaten zu begehen, Rechtsextremismus für „normal“. Eine kleine Minderheit begeht teilweise mit „klammheimlicher Zustimmung“ der oben Genannten diese Gewalttaten.

Begünstigt wird dies zum einen durch Verharmlosung und Negieren solcher Verbrechen, zum anderen durch die Angst, die die große Mehrheit der Anständigen zunehmend dort hat, wo Rechtsextreme massiert auftreten.

Polizisten, die einen bedrohten jüdischen Mitbürger in Schutzhaft nehmen wollen und dies dann mit „Unkenntnis“ entschuldigen, benötigen in ihrer Ausbildung staatsbürgerlichen Unterricht, der diesen Namen verdient. Der „Aufstand der Anständigen“ muss konkret werden, durch Lehrerausbildung um Lehrerinnen und Lehrer zu befähigen, mit den Provokationen Rechtsradikaler fertig zu werden.

Politiker haben die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, mit Sprache sensibler umzugehen. Der Satz „Ausländer, die uns nützen statt Ausländern, die uns ausnützen“ impliziert: Die hier sind, nützen uns aus. Die Kritik richtet sich beileibe nicht nur gegen die CSU. Auch anderswo ist der üble Ausdruck „Das Boot ist voll“ schon verwendet worden. In der Frage des latent vorhandenen rechtsextremen Rassismus ist political correctness unterlässlich, weil Sprache Dämme niederreißen oder aufrichten kann, wenn es um die schleichende Verbreitung des Rechtsextremismus geht.

Den Linksterrorismus der RAF hat der Staat (zu Recht) mit seiner ganzen Härte bekämpft. Damals waren namhafte Spitzenpolitiker, Banker und Unternehmer betroffen. Alle Möglichkeiten des demokratischen Staates müssen genau so massiv eingesetzt werden, wenn namenlose Ausländer, Behinderte oder Obdachlose betroffen sind.

Renate Schmidt ist stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende

Strafbar im Cyberspace

Net-Nazis, die vom Ausland aus im Internet den Holocaust leugnen, müssen künftig mit dem deutschen Staatsanwalt rechnen.

Seite 2 ■

Umtriebe im Netz

Ein Neonazi aus dem bayerischen Iphofen gilt als Betreiber zahlreicher brauner Webseiten.

Seite 4 ■

Musik für alle Rechten

Die Band „Carpe Diem“ sucht ihre Anhänger auch außerhalb des Skinheadspektrums.

Seite 5 ■

Korporierte im Aufwind

Ultrarechte Studentenverbindungen haben in Hamburg Zulauf. Die NPD-Hochschulorganisation empfiehlt dabei die Germania.

Seite 6 ■

Preiswürdiges Werk

Der 150. Band über die NS-Zeit ist in der „Schwarzen Reihe“ des Fischer Taschenbuch Verlags erschienen.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöffler
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Falltür für Net-Nazis**

Der Bundesgerichtshof urteilt: Wer vom Ausland aus per Internet den Holocaust leugnet, kann sich in Deutschland der Volksverhetzung strafbar machen.

Der Bundesgerichtshof hatte Mitte Dezember eine Grundsatzfrage zu klären: Wo liegt eigentlich Cyberspace? In Deutschland, auch in Deutschland oder gar nicht in Deutschland? Im konkreten Fall ging es darum, ob sich jemand, der vom Ausland aus holocaust-leugnende Schriften in das weltweite Internet einspeist, nach deutschem Recht der Volksverhetzung strafbar macht. Der BGH hat das jetzt grundsätzlich bejaht und damit nicht nur ein Urteil des Landgerichts Mannheim aufgehoben, sondern sich auch gegen die mehrheitlich vertretene Meinung in der Rechtswissenschaft gestellt.

Die Vorgeschichte: Der 1954 aus Deutschland nach Australien ausgewanderte Gerald Fredrick Toben speist seit Jahren Texte in die Homepage des selbstgegründeten Adelaide Institute ein, die den Massenmord an den europäischen Juden leugnen. Im Frühjahr 1999 unternimmt er eine Europa-Reise, die ihn im April nach Deutschland führt. In Mannheim besucht Toben den Staatsanwalt Hans-Heiko Klein und will ihm angebliche Beweise präsentieren, dass der Holocaust nicht stattgefunden habe. Klein lässt Toben verhaften und klagt ihn unter anderem der Volksverhetzung an. Der Staatsanwalt verweist auf diverse Internet-Texte des Australiers, die den Massenmord mal pseudowissenschaftlich verbrämt, mal offen und aggressiv leugnen. So hieß es Anfang 1999 in Tobens „Neujahrsgedanken“: „In diesem ersten Monat des vorletzten Jahrs vor der Jahrtausendwende können wir auf eine fünfjährige Arbeit zurückblicken und mit Sicherheit feststellen: Die Deutschen haben niemals die europäischen Juden in todbringenden Gaskammern im Konzentrationslager Auschwitz oder an anderen Orten vernichtet. Daher können alle Deutschen und Deutschstämmigen ohne den aufgezwungenen Schuldkomplex leben, mit dem sie eine bössartige Denkweise ein halbes Jahrhundert lang versklavt hat.“

Die Strafbarkeit der Holocaust-Leugnung ist in Deutschland inzwischen eindeutig. Angesichts des juristischen Gezerres im Verfahren gegen den da-

maligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert Anfang der 90er Jahre novellierten Bundestag und Bundesrat im Oktober 1994 das Strafgesetzbuch und erklärten die Leugnung des Massenmordes ausdrücklich zur Volksverhetzung. Das Landgericht Mannheim hatte allerdings zu klären, ob die deutsche Justiz für im Ausland ins Internet eingespeiste Inhalte überhaupt zuständig sei. Eine Frage, die die Rechtswissenschaft bereits seit mehreren Jahren diskutiert. Besonders pointiert warnte der Konstanzer Jura-Professor Eric Hilgendorf: Als „eine neue Version des ‘Am deutschen Wesen soll die Welt genesen’“ müsse es anderen Staaten vorkommen, wenn deutsche Behörden alle Straftaten im Internet zur eigenen Sache machen.

Das Landgericht Mannheim schloss sich im November 1999 der Mehrheitsmeinung der Rechtswissenschaft an. Im Prinzip, so das Gericht, könne sich jeder strafbar machen, der irgendwo auf der Welt Schriften ins Netz stellt, die gegen deutsches Recht verstoßen. Es verwies auf Paragraph 9 des Strafgesetzbuches, der den Tatort als den Ort bestimmt, an dem jemand gehandelt hat oder an dem die Auswirkungen seiner Tat eingetreten sind. Naturgemäß wirkt sich jeder Inhalt, der ins Internet eingespeist wird, auch in Deutschland aus. Volksverhetzung allerdings könne man vom Ausland aus dennoch nicht begehen, meinten die Mannheimer Richter. Hierbei handele es sich um ein „abstraktes Gefährdungsdelikt“, das im Gesetz gar nicht an eine konkrete Auswirkung der Tat gebunden sei.

Eine Spitzfindigkeit mit Folgen: Die Internet-Veröffentlichungen im Verbund mit anderen Straftaten bescherten dem Angeklagten zehn Monate Haft wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Sieben Monate saß er ab, kam dann gegen eine Zahlung von 6000 Mark frei. Für Volksverhetzung hätte Toben bis zu fünf Jahren hinter Gittern verbringen können. Strafmildernd wertete das Landgericht, dass die holocaust-leugnenden Texte auf Englisch im Netz erschienen und damit ihrer Meinung nach nicht gezielt für ein deutsches Publikum eingespeist worden waren. Damit griff es in Ansätzen den Vorschlag des Juristen Marcus Collardin auf, der meint, nur „finale Eingriffe“ sollten im Internet-Zeitalter verfolgt werden. Das BGH-Urteil (Az: 1 StR 184/00 vom 12.12.2000) hat jetzt für mehr Klarheit gesorgt. Das höchste deutsche Strafgericht machte deutlich: Inhalte, die per Internet oder sonst wie nach Deutschland gelangen, volksverhetzend oder sonst wie strafbar, können deutsche Staatsanwälte auf den

Plan rufen. Die Verantwortlichen können in Deutschland belangt werden, weil sie ihre Taten juristisch auch hier begangen haben. Voraussetzung einer Verurteilung ist, dass die Schriften geeignet sind, in Deutschland den öffentlichen Frieden zu stören. Für Tobens englischsprachige, den Holocaust leugnende Schriften treffe dies zweifellos zu, meinte der 1. Strafsenat des BGH.

Im konkreten Fall hat das Urteil keine Bedeutung mehr: Toben lebt wieder in Adelaide und wird es tunlichst vermeiden, nach Deutschland einzureisen. Von dort aus wird er verfolgt, wie das Verfahren vor dem Landgericht Mannheim neu aufgerollt wird. Das ist nötig geworden, da der BGH auch der Revision des Australiers statt gegeben hat, der einen Verfahrensfehler moniert hatte. Toben war in erster Instanz durch den Mannheimer Strafverteidiger und Deckert-Anwalt Ludwig Bock vertreten worden. Bock wollte aus dem Verfahren aussteigen, weil gegen ihn selbst ein Prozess wegen Volksverhetzung lief. Darin ging es um holocaust-leugnende Aussagen, die der Anwalt während des Deckert-Prozesses getroffen hatte. Die Weigerung des Landgerichts, Bock von der Pflichtverteidigung zu entbinden, wertete der BGH nun als Verletzung des Rechts auf effektive Verteidigung.

Zur Auslieferung Tobens durch die australischen Behörden wird es wohl nicht kommen, wie auch immer das neuerliche Mannheimer Verfahren ausgeht. Allerdings stößt der Holocaust-Leugner inzwischen auch in Australien auf rechtliche Probleme. Nachdem die dortige Justiz seine Schriften lange Zeit nicht beanstandet hatte, hielt ihm die Kommissarin für Menschenrechte, Kathleen McEvoy, im Oktober vergangenen Jahres Verstöße gegen das Rassendiskriminierungsgesetz vor. Sie ordnete an, dass einige von Tobens Texten nicht mehr veröffentlicht werden dürften. Auch australische Bürgerrechtsgruppen wie die Electronic Frontiers Australia oder die Australian Civil Liberties Union hatten sich gegen die Propaganda des Adelaide Institute stark gemacht.

Das BGH-Urteil wird dazu führen, dass im Ausland tätige Internet-Propagandisten um Deutschland einen Bogen machen werden. Die Internationale der Holocaust-Leugner zählte zu den ersten rechtsextremistischen Gruppen, die sich das weltweite Computernetz zu Nutze gemacht haben und ist dort inzwischen praktisch vollständig vertreten. Ihre oft sehr umfangreichen Homepages bemühen sich in der Regel um ein seriöses Erscheinungsbild und

setzen sich somit von kruden Skinhead-Seiten ab. Wer allerdings zusätzlich Bücher oder Zeitschriften nach Deutschland liefert, musste schon bisher mit der Verfolgung durch die hiesige Justiz rechnen. Das Verschicken holocaust-leugnender Texte vom Ausland galt nämlich bereits vor dem BGH-Urteil als Volksverhetzung.

Besonders aufmerksam dürfte der Deutsche Gernar Rudolf das Verfahren verfolgt haben, der nach eigenen Angaben in England im Untergrund lebt. Rudolf verbreitet volksverhetzende Inhalte nicht nur über seine Zeitschrift „Vierteljahresshifte für freie Geschichtsforschung“ (VffG), sondern auch über die Domain vho.org. In einem Rundschreiben an seine Förderer hat er angekündigt, seine Internet-Aktivitäten weiter auszubauen. Er plane eine Kooperation mit der holocaust-leugnenden Seite CODOH (Committee for Open Debate on the Holocaust), für die der US-Rechtsextremist Bradley Smith verantwortlich ist (s. BNR 13/00). Nach der höchststrichterlichen Rechtsprechung könnten auch die Online-Aktivitäten zur Verurteilung wegen Volksverhetzung und somit zu einer mehrjährigen Haftstrafe führen, falls die britischen Behörden Rudolf festnehmen und an Deutschland ausliefern. Es liegt allerdings bereits ein rechtskräftiges Urteil des Landgerichts Stuttgart zu 14 Monaten Haft wegen Volksverhetzung vor, das nicht vollstreckt werden konnte, da Rudolf zunächst nach Spanien, dann nach England geflohen war. In beiden Ländern ist die Leugnung des Holocaust nicht strafbar.

Vermutlich werden sich Netz-Aktivisten im Ausland immer häufiger durch Alibi-Hinweise auf ihren Homepages abzusichern versuchen, dass ihre Schriften nach deutschem Recht strafbar seien und in Deutschland nicht aufgerufen werden dürften. Ob das reicht, um die deutsche Justiz zu besänftigen, ist fraglich. Die Entscheidung des BGH wird aber kaum bewirken, dass holocaust-leugnende Seiten aus dem Internet verschwinden werden. Mit dem Versuch, einen Net-Nazi aus Cyberspace zu verbannen, sind die deutschen Behörden schon einmal gescheitert: Anfang 1996 hatten sie mehrere Provider unter Druck gesetzt, den US-amerikanischen Server des deutsch-kanadischen Holocaust-Leugners Ernst Zündel zu sperren. Daraufhin gab es nicht eine, sondern über 20 „Zündelsites“, weil amerikanische Studenten die Seite in ihre Accounts gespiegelt hatten - der Meinungsfreiheit wegen. Die staatliche Aktion wurde abgeblasen. „Zündelsite“ ist wie die Domain des Adelaide Institute nach wie vor online. *Thomas Pfeiffer*

Aktivitäten**Brauner „Netzherr“**

Diverse neonazistische Webseiten haben einen gemeinsamen Urheber. Links verweisen den Nutzer immer wieder darauf.

Der sich selbst als „nationaler Sozialist“ bezeichnende Dennis Entenmann aus dem bayerischen Iphofen zählt neben anderen zu den umtriebigen Rechtsextremisten im Internet. Bekannt wurde er mit einem Mordaufruf, den er unter dem Namen „Davids Kampfgruppen“ (nach dem amerikanischen Naziterroristen David Lane) ins Netz stellte. Bei Kennern der Szene gilt Entenmann zudem als Betreiber zahlreicher weiterer rechtsextremer Seiten im World Wide Web. Darüber hinaus sind diverse Domainnamen auf ihn registriert, darunter die ins virtuelle Niemandsland führende Adresse „netz-gegen-links“ oder die Internetadresse „Totalgeschenkt“.

Unter dieser Adresse betreibt er eine noch im Aufbau befindliche, auf den ersten Blick scheinbar apolitische Portalseite. Diese bietet beispielsweise neben diversen Werbebannern eine Einwahlsoftware für einen „Nationalen Internet Dienst“ (NID). Am Fuß der Einstiegsseite fordert eine animierte Grafik „Solidarität mit Frank Rennicke“ und verlinkt zur entsprechenden Homepage. Verwiesen wird hier auch auf die rechtsextreme Splittergruppe Vereinigte Rechte (VR), als deren „Landesbeauftragter für Bayern“ Entenmann gerne auftritt, auf das Bündnis Rechts in Lübeck und den „Deutschen Freundeskreis Schwaben“ (DFS) - Gruppierungen, die in Beziehung zu Entenmann stehen.

In einem Unterverzeichnis der Domain befindet sich aber noch eine weitere Internetseite, von der unbedarfte Surfer nichts erfahren: „Netzherrn AKTION: WIR BLEIBEN AUCH IM WELTNETZ DEUTSCH“. Diverse rechtsextreme Homepages verweisen über eine szenetypische Weiterleitungsadresse, die den eigentlichen Speicherort verschleiern, auf diese Webseite. Laut Eigendarstellung ist dies „endlich eine Seite für die deutschen Netzseiten Betreiber“. Dort heißt es dann: „Auch wenn das Internet“ (Weltnetz) international strukturiert ist, so muß man als Deutscher sich nicht dieser Amerikanisierung unterwerfen Wir sind Deutsche und stehen auch zu unserer Sprache, denn sie ist die schönste der Welt!“

Die Internetpräsenz deutschen Netzherrnmentschents erscheint einfach strukturiert - sie besteht aus Werbebannern und einigen Verweisen, unter anderem auf diverse Toplisten, wie Blue Ribbon. Topliste für Meinungsfreiheit“ oder „gegen BRD-Zensur im Internet“, und zu „Partnerseiten“. Verwiesen wird zur „Kameradschaft Germania Berlin“ (KSG), der „Netzseite von Dennis Entenmann“ und dem „Sprechraum“, einer neonazistischen Chatmöglichkeit. Automatisch mit dem Seitenaufruf der Toplisten wird in einem neuen Browserfenster auch eine „Ultima Topliste“ geöffnet. Auch hier sind wieder Links zur Entenmann-Netzseite und den „Netzherrn“ verzeichnet - zwischen animierten Porno-Bannern und Seitenverweisen wie „Herren zum Mitficken von Paar gesucht, Wild Tina“ oder „Flotter Feger“ - letzterer scheint in Iphofen nicht unbekannt zu sein, immerhin tauchen genau diese Worte bei „total geschenkt“ auch in den Anmerkungen zur Rubrik „Erotik“ auf.

Nach Angaben des Journalisten Burkhard Schröder, gehört Entenmann eine weitere Homepage mit dem Titel „Freispruch für Dennis Entenmann“, eine simple Seite, die jedoch von strafrechtlicher Relevanz sein kann: Zeigt sie doch eine potenziell volksverhetzende Grafik und, neben dem Verweis auf die neonazistische Knastorganisation HNG und die KSG, auch eine Grafik gegen den Paragraphen 130 StGB samt der Aussage: „Stoppt diesen Verbrecherstaat! Weg mit dem Pack!“ - was einen Anfangsverdacht wegen Verstoßes gegen Paragraph 90b StGB rechtfertigen würde.

Der Seiteninhalt besteht im Wesentlichen aus dem virtuellen Abdruck eines im Mai im Bündnis Rechts-Organ „Lübscher Aufklärer“ erschienenen Textes, der Entenmann zu einem Opfer falscher Freunde, schlampiger Ermittlungen, Vorverurteilungen undsoweiter macht. Die Seite beinhaltet auch ein Bild Entenmanns, das ihn von hinten zeigt. Das gleiche Bild hatte er unter anderem dem Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (www.idgr.de) zugeschickt, nachdem dort Informationen über ihn veröffentlicht wurden. Zeitweise war es auch auf der neonazistischen Internetseite „14WordsBoots“ zu finden - dort allerdings mit dem Pseudonym „Bonzi14/88“ versehen. Anderorts im Netz bezeichnet sich dieser auch als „Bonzi Bonzenjäger“ und verfügt über eine E-mailadresse bei einer Seite „Nationaler Widerstand“. Dahinter steckt ein „Nationaler Online-Anzeiger“ (NOA), der zumindest zeitweise betrieben wurde von - Dennis Entenmann. *Rudolf Kleinschmidt*

Aktivitäten**Identität durch Musik**

Die Band „Carpe Diem“ will aus dem Schatten der Subkultur heraustreten und baut auf Qualität von Musik und Text.

Für die Monatszeitschrift „Nation&Europa“ unterscheidet sich „Carpe Diem“ qualitativ von der herkömmlichen rechten Musikszene. „Keine Spur von dumpfem Rumgegröle ohne Sinn und Hirn“, urteilt das rechtsextreme Strategieorgan in seiner aktuellen Ausgabe vom Januar über die Band.

„Carpe Diem“ wurde im Dezember 1998 von den beiden Gitarristen Kay und Gernot gegründet, der Bassist und Sänger Ralf sowie der Schlagzeuger Sascha kamen im Januar 1999 dazu. Beheimatet sind die rechten Musikanten im Großraum Stuttgart, eine Kontaktadresse wird im nahen Esslingen unterhalten.

Den lateinischen Namen „Carpe Diem“ (Nutze den Tag) wählte die Band, da sie „einen international verständlichen, aber keinen englischen Namen“ wollte, wie sie vor Jahresfrist in einem Interview mit dem NPD-Organ „Deutsche Stimme“ erklärte. Allerdings enthält die erste CD „Frei geboren“ auch den englischsprachigen Titel „Our Pride ist our Loyalty“ (Unsere Ehre ist unsere Treue), der von Ian Stuart Donaldson stammt, dem verstorbenen Kopf und Sänger der englischen Naziskinkultband „Skrewdriver“. In ihm sieht „Carpe Diem“ den „Erfinder der nationalen Rockmusik. Die europäische nationale Jugend wäre mit Sicherheit nicht so nahe zueinander gerückt, wenn er nicht gewesen wäre.“ Gleichwohl will man sich nicht auf die Skinheadszenen beschränken, sondern versucht, politische Sympathisanten auch außerhalb dieser Szene für sich zu gewinnen. In der auflagenstärksten rechtsextremen Musikzeitschrift „Rock Nord“ verwies „Carpe Diem“ auf die taktische Überlegung, dass ein „martialisch klingender Name“ so genannte Normalbürger abschrecken könne. Zu einem Konzert am 15. Juli 2000 im Großraum Stuttgart kam dann auch ein 300-köpfiges Publikum, das „nicht die Norm eines Rechtsrock-Konzerts darstellt“, wie in einem Szene-Bericht festgestellt wird: „Es waren sogar die Eltern einiger Bandmitglieder, 'normale' Bekannte und einige aus dem Umfeld der Republikaner dort! Ganz klar ein Schritt in die richtige Richtung!“

Die „Initiative Identität durch Musik“ (IDM) ist der programmatische Hintergrund und Rahmen, in dem sich „Carpe Diem“ bewegt. Zugleich ist die Initiative IDM auch das CD-Label der Band. Vorbild ist die französische Initiative „Rock Identitaire Francais“ (RIF). In dem fränkischen Skinzine „Kreuzritter“ führte die Kombo Entstehungsgeschichte und Intention des Projektes IDM näher aus: „Der RIF beinhaltet die verschiedensten Musikstile von Hardcore und Gothic über Celtic Rock bis hin zu Sprechgesang. Alle Bands propagieren den Erhalt der nationalen Identität, daher auch der Name. Es bestand schon vorher recht guter Kontakt zu einigen dieser Bands, was den Anschluss vereinfachte....“ Ziel von „Carpe Diem“ ist es auch, den Charakter der Subkultur abzustreifen. Die Band legt nach Eigenaussage „großen Wert auf Qualität und Inhalt von Musik und Texten. Nach sinnlosen Parolen und Hasstexten sucht man bei uns vergebens, weil sie einer ernsthaften Auseinandersetzung mit nationalen Positionen entgegenwirken.“ Tatsächlich findet sich die gewohnte Diktion der rechten Musikszene auch bei „Carpe Diem“. Vor verschwörungstheoretischen und antisemitischen Stereotypen und Bildern wird nicht Halt gemacht.

Die Bandmitglieder haben zuvor in anderen einschlägigen Gruppen gespielt und sind mit der rechten subkulturellen Szene durchaus vertraut. Schlagzeuger Sascha war zusammen mit seinem Bruder Gernot in der kurzlebigen Band „Paragraph 88“ aktiv. Später war er Gründungsmitglied von „Propaganda“ aus dem südwestdeutschen Raum. Der singende Bassist Ralf spielt außerdem noch Gitarre bei der weitgehend unbekannten Gruppe „Odem“. Der 24-jährige Kay wirkte ab Mitte der 90er Jahre bei „Noie Werte“ aus Stuttgart mit. Ursprünglich kam er als zweiter Gitarrist zu der 1987 gegründeten Kombo, musizierte aber sehr schnell an den Trommeln und Tasteninstrumenten. Zur selben Zeit verließ der heutige NPD-Landesvorsitzende Michael Wendland „Noie Werte“, um Parteikarriere zu machen. 1998 kam es zu einem langwierigen Streit zwischen Kay und den übrigen Bandmitgliedern von „Noie Werte“. Kay, so die enttäuschten einstigen Mitstreiter in einem Interview mit dem Skinzine „Weiße Liga“, „suchte sich eine Lebensabschnittsgefährtin aus, welche nicht aus unserem Kulturkreis stammende Vorfahren hatte. Obwohl er sonst immer eine strenge völkische Ansicht vertrat!“ Nach der Trennung suchte „Noie Werte“ dann längere Zeit, auch mittels Kleinanzeigen in einschlägigen Publikationen, einen Nachfolger für Kay Bunn. *Ulrike R. Kreutzer*

Hintergrund**Korporierte Ideale**

Rechte Studentenverbindungen haben in Hamburg Rückenwind. Von der NPD-Hochschulorganisation wird die Germania empfohlen.

Häuser studentischer Verbindungen sind ein gesellschaftliches Biotop, zu dem Frauen, Ausländern oder Kriegsdienstverweigerern der Eintritt meist verwehrt wird. Durch die farbengeschmückten Hallen weht ein Geist, der Werte oder Tugenden wie Tradition, Wehrhaftigkeit, Vaterland und Ehre bis in die Gegenwart transportiert. Seit der Wiedervereinigung machen die von der Studentenbewegung zurückgedrängten „Burschen“ wieder Boden gut und nehmen - wie in Hamburg - mit einigem Erfolg an den Wahlen zum Studentenparlament teil. Auch rechtsextremistische Gruppierungen wie die 1919 gegründete Germania nutzen den Campus heute als Forum. Germania-Plakate an Uni-Gebäuden - vor anderthalb Jahrzehnten undenkbar.

Die Korporationen befinden sich zurzeit deutlich im Aufwind. Der Widerstand an den Unis wird weniger“, lautet die aktuelle Bestandsaufnahme von Felix Krebs. Der 36-Jährige muss es wissen. Er ist Ko-Autor des Buches „...und er muss deutsch sein...“, einer Untersuchung über die „Geschichte und Gegenwart der studentischen Verbindungen in Hamburg“. Ein besonderes Augenmerk hat der langjährige Beobachter der rechten Szene den Aktivitäten der Rechtsausleger wie die Germania, die Hansea und die Landsmannschaft Mecklenburgia-Rostock gelegt.

„Im Spektrum der Hamburger Burschenschaften gehört die Hansea-Alemannia zum äußersten rechten Flügel. In deren Räumen traf sich in den 90er Jahren die Junge Landsmannschaft Ostpreußen“, so Krebs, der die am feinen Alsterkamp residierende Burschenschaft in der völkisch-germanischen Tradition verortet. So warben die Hansen für eine „Feier zur Sonnenwende“ am „Brachmond“ genannten 21. Juni mit einem Plakat, „dessen Symbolik stark an das mystische Kulturverständnis der Nazis erinnerte“. Die Hansea ist Mitglied in der Deutschen Burschenschaft (DB), die nach Einschätzung von Krebs von einem „völkischen Grundverständnis“ geprägt ist. „Mitglied kann laut Satzung nur werden, wer deutsch ist. Eingebürgerte Türken mit deutschem Pass gehören nicht dazu.“

Deutsch sei nach DB-Grundverständnis derjenige, so Krebs, in dessen Adern deutsches Blut fließe.

Auch Michael Schaaf, Vorsitzender der Juso-Hochschulgruppe in Hamburg, hat festgestellt, dass die „rechten Burschenschaften in der Hansestadt frecher als früher auftreten“. Die Verbindungen würden massiv im Erstsemester-Info, besonders „elitäre Zusammenschlüsse“ wie Wingolf und Irminsul hätten deutlich mehr Zulauf, so der Student der Geschichte und der Naturwissenschaften. „Über die Irminsul kursiert an der Uni der Spruch, sie sei so schwarz, dass fürs Braune kein Platz mehr ist.“ Die Verbindung trete mit einem elitären Habitus auf und mache gegen „alles Pöbelhafte“ mobil. Sie wird nach den Recherchen der Jusos von CDU-Mitglied Sebastian Greve, dem 25-jährigen Enkel des Hamburger Baulöwen, Multimillionärs und großzügigen Sponsors der Uni-Flügelbauten Helmut Greve unterstützt. Schaaf beschreibt den Jura-Studenten als graue Eminenz: „Der Junior hält sich immer fein im Hintergrund.“

Studenten, die sich für die „ehemaligen deutschen Schutzgebiete“ interessieren, sind bei der 1959 in Hamburg wiedergegründeten Landsmannschaft Mecklenburgia-Rostock richtig. Die freundschaftlich den Rechtsauslegern Germania und Askania zugehörige Verbindung gehört zum Coburger Convent der Lands- und Turnerschaften (CC), der nach der Deutschen Burschenschaft (DB) der größte farbentragende und schlagende Dachverband ist. Wahlspruch: „Ehre-Freiheit-Freundschaft-Vaterland“. Alte Herren erwähnen bei passender Gelegenheit schon mal den „Opfergang der 6. Armee“ unter Hitlers Feldmarschall Paulus und loben die Vorbildfunktion der deutschen Soldaten im Krieg gegen die Sowjetunion vor über einem halben Jahrhundert als Symbol für den „ethischen Wert ihrer beispiellosen Hingabe und Opferbereitschaft“.

Neben dem völkischen Nationenverständnis und der Verherrlichung „deutschen Soldatentums“ im Zweiten Weltkrieg zählt Krebs weitere Merkmale auf, die rechtsextreme Korporationen von eher harmlosen wie der von Mensur- und Couleurverbot geprägten katholischen Albingia unterscheiden: „Vorsicht ist auch geboten bei Verbindungen, die sich auf Ideologen der Konservativen Revolution wie Mohler, Jünger und Schmitt berufen oder in ein rechtsextremistisches Netzwerk eingebettet sind.“

Beide Aspekte treffen auf die Germania zu, über die das Hamburger Landesamt für Verfassungs-

schutz in einem internen „Informationsbericht“ 1993 schrieb: „Aus ihrer Ablehnung der Demokratie und ihrer Befürwortung des Führerprinzips machen viele Germanen kein Hehl.“ Diese Grundhaltung ist den führenden Köpfen der NPD-Hochschulorganisation nicht verborgen geblieben. Hamburger Studenten, die beim Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) Informationsmaterial anfordern, werden auf die Germania verwiesen. „Als nationalen Bund können wir Ihnen in Hamburg die Burschenschaft Germania ... empfehlen“, heißt es in einem Schreiben von Jürgen W. Gansel vom NHB („Denken- Handeln - Siegen!“). Die Post von Germania lässt nicht lange auf sich warten: „Klingeln Sie einfach kurz vorher durch und kommen auf ein Bier bei uns vorbei.“ Unterschrieben ist der im freundlichen Ton verfasste Brief von „Olaf Svensson G! FM“. Die Broschüre „Abenteuer Burschenschaft“ gibt es - wie den Gerstensaft - gratis.

■ „Nationalistisch orientierte Gemeinschaft“ ■

„Die Germania versteht sich als Speerspitze der Rechten an der Uni. Im Internet haben sie eine Großoffensive gegen die so genannte Verunglimpfung von allem Rechten gestartet“, sagt Juso Schaaf. Seit einigen Jahren sei die Burschenschaft auch wieder auf dem Campus präsent. „Die Germania begeht am 3. Oktober den ‘Tag der kleinst-deutschen Einheit’ - in den Grenzen von 1937, hinter vorgehaltener Hand schon mal in den von 1942“, sagt Bernd Bartels, Verfasser eines Readers über die Hamburger Burschenschaften zu den Aktivitäten der im „Hamburger Waffenring“ organisierten schlagenden Verbindung. Zum Personal der rechtslastigen Germanen gehört beispielsweise der Politaktivist Heiko Pätzmann, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Hamburger Republikaner. Und dessen einstiger Parteigenosse Rolf Lepert hatte im Haus der Burschenschaft seine Postadresse. Auch Andre Goertz, früher Vorsitzender der inzwischen verbotenen FAP und heutiger Betreiber des Nationalen Infotelefon, wohnte dort. Die Liste der von der Germania in der Vergangenheit geladenen Referenten liest sich wie ein Stelldichein der rechten Elite: Stefan Ulbrich (Ex-Wiking-Jugend, ehemaliger Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“), Manfred Rouhs (Herausgeber von „Signal“, einst Mitglied der Deutschen Liga für Volk und Heimat), der belgische neurechte Vordenker Robert Steuckers.

Trotz der Verbindungen in das rechtsextreme Lager taucht die Korporation im Hamburger Verfassungsschutzbericht bis heute namentlich nicht auf. Wenn überhaupt, wird sehr allgemein über Burschenschaften Bericht erstattet. Die Einschätzung von 1996 hat nach offizieller Lesart weiter Bestand. „Intellectualisierung“ rechtsextremistischen Gedankenguts im Umfeld der „Neuen Rechten“, lauten die Schlagwörter. Diese Entwicklung finde, heißt es im vier Jahre alten Bericht, „auch im Spektrum korporierter Studentenverbindungen ihren Niederschlag, insbesondere innerhalb der akademischen Burschenschaften, die sich von ihrer Geschichte her als politisch motivierte Bünde verstehen und auch politisch aktiv sind“. Die Kräfte mit starker Affinität zum rechten Lager hätten nach der deutschen Wiedervereinigung an Gewicht gewonnen. Und weiter: „Dabei vermischen sich bei einigen Burschenschaften rechtsextremistisches Gedankengut mit studentischer Brauchtumpflege und burschenschaftlichen Idealen zu einer insgesamt nationalistisch orientierten Gemeinschaft.“ Derartige Tendenzen seien auch bei einzelnen Hamburger Burschenschaften festzustellen.

Die rechtsextremistische Katze aus dem Sack gelassen haben die Hamburger Verfassungsschützer allerdings bis heute nicht: „Wenn wir sie beim Namen nennen, müssen wir gegebenenfalls die Hosen runterlassen.“ Auf Nachfrage: „Das wäre der Fall, wenn wir kein offenes Material hätten. Es gibt aber welche, die wir als rechtsextremistisch einstufen“, sagt der amtierende Chef Reinhard Wagner. Nennen will er die ebenso wenig wie über den Inhalt des internen Papiers von 1993 sprechen. „Den Bericht haben wir bis heute weder dementiert noch bestätigt.“ Wagner gibt zu, dass es „besonders schwierig“ sei, über rechte Umtriebe in Burschenschaften verlässliche Informationen zu bekommen.

Buch-Autor Felix Krebs dagegen nimmt kein Blatt vor den Mund. Für ihn ist die Germania eine „neofaschistische Korporation“ und „von den Hamburger Verbindungen eindeutig die rechteste“. Die 1919 gegründete Verbindung ist neben der Hansea die älteste in der Hansestadt und pflegt allerbeste Kontakte zu den Wiener Olympien. Krebs: „Die Olympia ist die rechtsextremistischste Verbindung in Österreich und war Anfang der 60er Jahre verboten wegen ihrer schlagkräftigen Unterstützung des sogenannten Freiheitskampfes Südtirols gegen Italien.“

Volker Stahl

Grauzone**Rechter Campus**

An den Hochschulen nimmt die Zahl der Studierenden zu, die rechtskonservative Ansichten vertreten.

Schon lange sind die Zeiten vorbei, in denen Studenten als links oder zumindest als gesellschaftskritisch galten. Im Gegenteil: die Zahl der Studierenden mit nationalkonservativen und rassistischen Ansichten ist in den letzten fünf Jahren deutlich gewachsen. Das zumindest ist das Ergebnis einer Studie, die die Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz kürzlich der Öffentlichkeit vorstellte. Während sich an ostdeutschen Hochschulen acht Prozent der Kommilitonen als rechtskonservativ einordnen, sind es im Westen knapp vier Prozent, erläuterte der an der Studie beteiligte Soziologe Tino Bargel die Details der Erhebungen. Auch das Umfeld ist für die Rechten günstiger geworden. So sei die Zahl der Studenten erheblich gestiegen, die zwar selber die rechten Meinungen nicht teilten, aber tolerierten. So startete eine Forschungsgruppe auf dem Campus der Universität Münster schon 1994 ein bezeichnendes Experiment. Vor der Mensa wurde eine Schleuse mit getrennten Eingängen für deutsche und nicht-deutsche Studierende aufgebaut. Ein Großteil der Hochschüler leistete dieser Aufforderung zur praktizierten Apartheid umstandslos Folge. Manche waren sichtlich irritiert, nur eine kleine Minderheit protestierte.

„Sicherlich wäre etwas Vergleichbares in den 70er Jahren nicht möglich gewesen. Das Bemerkenswerte an solchen Beispielen ist, wie sehr im Alltag das, was scheinbar normal und selbstverständlich daherkommt, auf Akzeptanz stößt“, meint der wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung in Frankfurt/Main, Alex Demirovic, in einem Interview mit der „Berliner Zeitung“. Demirovic hatte zusammen mit dem Sozialwissenschaftler Gerd Paul im Jahr 1994 ebenfalls eine Studie über das politische Verhalten der Studierenden herausgegeben, die damals in der Öffentlichkeit wie ein Paukenschlag gewirkt hat. Die Frankfurter Forscher hatten 3000 Studenten an verschiedenen hessischen Hochschulen nach ihren politischen Präferenzen gefragt und sind dabei zu erstaunlichen Ergebnissen gekommen. Danach haben sich 44 Prozent der Befragten für die unverzügliche

Abschiebung von straffällig gewordenen Flüchtlingen ausgesprochen, 28 Prozent sahen in Streiks und Demonstrationen eine Störung des Gemeinwohls. Besonders stark waren diese antidemokratischen Einstellungen bei männlichen Studenten aus wohlhabenden Elternhäusern mit starker karrierebetonter Lebensplanung anzutreffen.

Diese Karrierewünsche sind nach Meinung Demirovics dafür verantwortlich, dass eine dezidiert rechte Einstellung momentan nicht zwangsläufig mit einer Aktivität in einer rechten Hochschulgruppe verbunden ist. Selbst die Burschenschaften alten Stils haben an Einfluss verloren. „Im Unterschied etwa zu den 20er Jahren ist es heute nicht möglich, als erklärter Rassist und Antisemit einen lukrativen Posten in der Wirtschaft zu bekommen. So bleibt es bei verdeckten nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Andeutungen“, meint der Frankfurter Sozialforscher. Ein Befund, dem auch Tino Bargel von der Konstanzer Forschungsgruppe zustimmt: „Nationalkonservative Studierende erscheinen nicht in Springerstiefeln und mit kahlrasiertem Schädel auf dem Campus. Doch ihre wachsende Zahl seit Mitte der 90er Jahre ist auffällig“.

Trotz methodischer Unterschiede zwischen der Frankfurter und der Konstanzer Studie ist das Fazit ähnlich. „Die Verbindlichkeit demokratischer Grundprinzipien unter Studierenden ist im Schwinden begriffen ist und die soziale Kälte, der Überlebenswille auch auf Kosten anderer nimmt zu. Darin sind häufig rassistische und nationalistische Orientierungen eingelagert“, meint Demirovic. Er warnt davor, diese Einstellungen als Momentaufnahmen zu betrachten. „Das sind sehr grundlegende Orientierungen, die nicht so schnell wieder verschwinden werden“. Der hochschulpolitische Experte des Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) Torsten Bultmann sieht eine Ursache dafür in einem bildungspolitischen Paradigmenwechsel, den alle großen Parteien spätestens seit Mitte der 80er Jahre nachvollzogen haben. „Statt Chancengleichheit heißen die Stichworte heute Begabten- und Eliteförderung“ ist sein Fazit. Ein Befund dem auch Demirovic zustimmt, ohne hier einen kausalen Zusammenhang herstellen zu wollen. „In den 60er und 70er Jahren lauteten die Bildungsparadigmen Selbsterkenntnis der Wissenschaft und Hinführung zu solidarischem Handeln in der Gesellschaft. Heute geht es auch an den Hochschulen um Elitenförderung, Menschenführung und -lenkung“.

Peter Nowak

Aus den Bundesländern**Fest vernetzte Szene**

Die Landesregierung Schleswig-Holstein legte Ende vergangenen Jahres eine 86-seitige Antwort auf eine Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zum Thema Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit im Lande vor. Auffällig sei eine verstärkte Neigung junger Frauen zum Rechtsradikalismus, heißt es dort. Bis zu zwei Drittel der Straftäter, denen rassistische und fremdenfeindliche Delikte beziehungsweise Gewalttaten mit rechter Gesinnung vorgeworfen werden, kommen aus der Altersgruppe der 13- bis 20-Jährigen. Der Einfluss rechtsextremer Parteien ist gesunken. Die Szene besteht vielmehr aus örtlichen und regionalen Cliquen, die sich über nationalistische und nationalsozialistische Symbole definieren - zum Teil bezeichnen sie sich selbst als Kameradschaften. Die Größenordnung belief sich vor einem Jahr noch auf 300 Personen, ist mittlerweile aber angewachsen. Jugendliche unter 16 Jahren sind in dieser Zahl nicht enthalten.

Die so genannten Kameradschaften agieren in der Regel selbständig. Untereinander gibt es landesweit dennoch eine intensive Vernetzung. „Die örtlichen und regionalen Führungspersonen kennen sich persönlich, regelmäßige Strategieabsprachen finden statt“, so die Erkenntnis der Landesregierung. Auf der Aktionsebene geht es um gemeinsame Aktivitäten, die einer Dauer-Mobilisierung gleichkommen. Die Jahreskalender - besonders die Wochenenden - sind gefüllt mit „Kameradschaftstreffen, Musikveranstaltungen, Fußballspielen und Demonstrationen“ - sie sollen die Szene binden und festigen. „Dabei kommen die Vorgaben für die politische Arbeit fast ausschließlich aus dem Hamburger Bereich“, weiß die Landesregierung. Damit gemeint ist offenkundig das Aktionsbüro Norddeutschland um Thomas Wulff und Christian Worch. Überhaupt: Homepages der Skinheadszenen sind klar als Rekrutierungsfeld zu betrachten. Eine anspruchsvoll gestaltete Seite betreibt die (zurzeit nicht aktive) Skinband „Freikorps“. NPD und Republikaner verfügen über eigene Homepages, die der Kontaktaufnahme dienen. Von Bedeutung ist im nördlichsten Bundesland ferner die Internet-Publikation „Perspektive“ und auch das Bündnis Rechts ist webmäßig anklickbar. Politische Aussagen werden bei letzterer Organisation allerdings nicht eingespeist, sondern sind nur über den Telefonansagedienst (Infotelefon) abrufbar. *H. Freires*

Personen**Verdiente Ehrung**

Hans-Jochen Vogel erhält im kommenden Jahr den Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland. Das hat Zentralratspräsident Paul Spiegel in Berlin bekannt gegeben, als er die Gäste begrüßte, die zur Verleihung dieses hochgeschätzten Preises an Friedel Springer gekommen waren.

Hans Jochen Vogel, geboren 1926 in Göttingen, war von 1960 bis 1972 Oberbürgermeister von München, von 1972 bis 1977 SPD-Landesvorsitzender in Bayern, von 1972 bis 1994 Bundestagsabgeordneter für die SPD. Er gehörte der Bundesregierung 1972 bis 1981 zuerst als Bau-, später als Justizminister an. Außerdem war er in seiner langen politischen Laufbahn kurze Zeit Regierender Bürgermeister von Berlin, Kanzlerkandidat der SPD, SPD-Fraktionschef im Deutschen Bundestag und von 1987 bis 1991 Parteivorsitzender. Nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament gehörte er zu den Mitgründern des Vereins Gegen Vergessen - Für Demokratie, dessen Vorsitzender er ist. Der „blick nach rechts“ freut sich mit Hans-Jochen Vogel und gratuliert ihm zu der begehrten Auszeichnung.

Hinweis**IG Metall gegen Rechts**

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist auch Aufgabe der Gewerkschaften. Dass Gewerkschaftsmitglieder anfällig sind für rechtsextreme Parolen, brachte eine Studie von 1998 ans Tageslicht. Am 25. Januar findet in Frankfurt eine Fachtagung der IG Metall zur Auseinandersetzung mit Ursachen und Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus im Rahmen betriebsverfassungsrechtlicher und gesellschaftspolitische Zusammenhänge statt. Referieren wird neben anderen Christoph Butterwegge von der Universität Köln. Auf einer Podiumsdiskussion kommen neben gewerkschaftlichen Vertretern Reinhard Zeidler vom Institut der deutschen Wirtschaft und Kay Wendel vom Verein Opferperspektive aus Potsdam zu Wort. Am Donnerstag, 25. Januar, 10.00 bis 16.30 Uhr, Öko-Haus, Kasseler Straße 1a, 60486 Frankfurt. Informationen: IG Metall Bezirksleitung; Tel. 069/669096/3324; e-mail: jutta.sass@igmetall.de

Demokratische Initiativen**Preiswürdiges Werk**

Die „Schwarze Reihe“ des Fischer Taschenbuch Verlag ist ein unverzichtbarer Bestandteil der NS-Forschung.

Wer sich mit der NS-Zeit beschäftigt, der kennt sie. Wer noch mehr über die Zeit des Nationalsozialismus wissen möchte, der sollte sie kennen lernen: die „Schwarze Reihe“ des Fischer Taschenbuch Verlags in Frankfurt am Main. International anerkannte Fachleute haben in ihr publiziert wie Zeitzeugen aus den Reihen der Opfer. Raul Hilberg, Sebastian Haffner, Götz Aly, Ernst Klee, Alexander Mitscherlich und Ulrich Herbert hat der Verlag ebenso gewinnen können wie Hans Frankenthal, Hertha Feiner, Arnon Tamir, Renate Yesner, Salomea Genin und jetzt im hundertfünzigsten Band Ernest Koenig.

Die Fachleute schrieben über Grundsätzliches, die Überlebenden erzählten aus ihrem Leben im Widerstand, im Lager, im Ghetto, von der Heimkehr. Koenig, geboren 1971 in Wien, studierte in Prag und Paris, wo er 1940 von der französischen Polizei verhaftet und 1942 mit ihrer Hilfe nach Auschwitz deportiert wurde. Dort schuftete er in den Außenlagern „Blechhammer“ und „Laurahütte“, bis ihn 1945 sowjetische Soldaten befreiten. Er berichtet von den NS-Schindern, vom Hungern und Frieren, von der täglichen Angst und zwar immer mit Distanz, ohne sich in den Vordergrund zu drängen - Geschichten, die Millionen NS-Opfer erlitten haben.

Und das ist bezeichnend für die hundertfünzig Bände, die Walter Pehle als Lektor und Erfinder dieser Reihe seit 1977 „macht“. Als dann nach und nach immer mehr Titel entstanden, erfand er den Namen dieser bemerkenswerten „Schwarzen Reihe“, charakterisiert durch schwarzen Einband mit weißer Schrift. Im Laufe der Zeit erschienen parallel dazu Lebensbilder aus der NS-Zeit, die Wolfgang Benz bei Fischer herausgibt. Pehle versteht sich als Aufklärer im besten Sinn des Wortes. Zur Auswahl der bekannten Autoren sagte er kürzlich in einem Interview, er habe sie an den Verlag binden wollen, weil sie nicht nur neue methodische Wege gingen, „... sondern auch bereit waren, den akademischen Elfenbeinturm zu verlassen und ihre Ergebnisse einem breiten Publikum vorzutragen.

Selbstverständlich spielt für Pehle auch die Schlussstrich-Mentalität eine Rolle, die er mit dieser Reihe erfolgreich bekämpft. „Ein Schlussstrich verbietet sich allein schon deswegen, weil wir es immer wieder mit neuen Quellen zu tun haben werden.“ Ob er mit seiner Behauptung „Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus, die fängt doch jetzt erst richtig an.“, Recht hat, darf füglich bezweifelt werden. Seine bisherige Arbeit an und mit der „Schwarzen Reihe“ wäre dann nämlich überflüssig gewesen. Zuzustimmen ist ihm demgegenüber bei der Feststellung, es gebe noch viel aufzuarbeiten. Pehle selbst hat dafür ein überzeugendes Beispiel. „Auf dem Historikertag 1998 wurde über die Rolle der Historiker selbst im ‘Dritten Reich’ diskutiert ... Die Frage erweist sich als ein ganz heißes Problem. Dazu haben wir unlängst den Band ‘Deutsche Historiker im Nationalsozialismus’ herausgebracht, der zu meiner großen Freude ordentlich eingeschlagen ist. Dann müssen wir mehr als bisher über die Rolle der Kollaborateure in den großen europäischen Staaten sprechen, über die ‘ethnischen Säuberungen’, über Korruption innerhalb des Herrschaftssystems, etc., etc. Es gibt noch viel aufzuarbeiten.“

Hans Mommsen, einer der bedeutendsten deutschen NS-Forscher meinte kürzlich zur „Schwarzen Reihe“: „Diese Reihe präsentiert seit langem wichtige Forschungsergebnisse und belebt immer wieder die zeitgeschichtliche Diskussion.“

Dass offenbar noch niemand darauf gekommen ist, für die Reihe mit einem Preis zu danken, ist für unsere ansonsten preisreiche Gesellschaft bezeichnend. Die NS-Zeit war noch nie ein Publikums-magnet. Um so wichtiger ist es, den Fischer Taschenbuch Verlag und Walther Pehle zu ermuntern, weiterzumachen.

Heiner Lichtenstein

Hinweis

Potsdam - 982 Schändungen jüdischer Friedhöfe von 1945 bis 1999 in Deutschland weist eine Dokumentation nach, die zur Zeit am Moses Mendelssohn Zentrum vorbereitet wird. Der Autor Adolf Diamant, der die Auswertung betreut, geht von einer deutlich höheren Dunkelziffer aus. Ausgewertet werden die Berichte des Bundesinnenministeriums sowie regionale und überregionale Zeitungen. Unklar ist die Quellenlage vor 1989 in der DDR, wo solche Straftaten regelmäßig verschwiegen wurden. Auch im Westen gibt es eine Meldepflicht nur bei nachgewiesenem rechtsextremem Hintergrund. Die Studie wird voraussichtlich Ende August im Verlag für Berlin-Brandenburg erscheinen.

Bücherschau

Biografie über Hitler

Eine fesselnde Darstellung des britischen Historikers Ian Kershaw über Hitler und seine Zeit - von 1936, dem Höhepunkt der Popularität, bis zum Untergang des NS-Regimes 1945.

Ungewöhnlich an Kershaws zweibändiger Hitlerbiografie ist bereits ihre Publikationsgeschichte. Obwohl die mehr als 2000 Seiten auch für motivierte Leser ein fast zu großer Brocken sind, erreichte der erste Band eine verkaufte deutsche Auflage von 55.000 Exemplaren. Der zweite Band brachte es bis Ende 2000, also bereits im Erscheinungsjahr, auf 44.000 Exemplare. Durch diesen Erfolg ermutigt, brachte die Deutsche Verlagsanstalt den zweiten Teil heraus, bevor das englische Original erschien. Die Einarbeitung der unzähligen deutschen Zitate und Begriffe in die gelungene Übersetzung ist ein publizistischer Glücksfall.

Kershaw ist durch sein Werk zu einem international gefragten Referenten geworden. Es muss an der düsteren Faszination liegen, die Hitlers Person anhaftet, dass Kershaw's sachlich-wissenschaftliches Werk zur populären Lektüre geworden ist.

Im ersten Teil hatte Ian Kershaw gefragt, wie der unscheinbare und ungebildete Hinterzimmeragitor Hitler zum Diktator eines modernen Staates werden konnte. Die soziopolitische Lage Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg und eine Portion Glück gehörten dazu. Der zweite Teil versucht zu erklären, warum der deutsche Staat sich Hitlers Erlösungsideologie bis zur Selbstzerstörung untergeordnet hat. Hitlers Personalherrschaft hat „alle Formen kollektiver politischer Entscheidungsprozesse“ ausgehöhlt. Neben wiederum einigem Glück, das ihn wenigstens zwei Attentatsversuche überleben ließ, wirkte der Führermythos, der allen Widerstand blockierte. Selbst als Hitler öffentlich nicht mehr auftrat, zehrte sich dieser Mythos erst langsam auf.

Hitler stellte seine Visionen über nüchternes Kalkül. Die Anfangserfolge im Zweiten Weltkrieg schienen ihm Recht zu geben. Auch als der Krieg militärisch längst verloren war und die Reichsregierung abzubröckeln begann, glaubten viele deutschen Soldaten immer noch an Hitler und waren

eher bereit unterzugehen, als ehrlos zu kapitulieren. Hitler blieb bis zum Schluss, als seine Befehlsgewalt nur noch ein paar Berliner Bezirke umfasste, der Führer der Deutschen.

Kershaw dämonisiert nichts. Er beschreibt Hitler in Wechselwirkung mit der deutschen Gesellschaft. Hitler hat sehr auf die Resonanz geachtet, die seine Reden und Taten erzeugten. Krieg galt Hitler als Allheilmittel. Innenpolitische Krisen überdeckte er durch Expansionismus. Mit dem Zweiten Weltkrieg radikalisierte sich die Judenpolitik, für die nun die SS als ideologisch gefestigste Institution des Hitlerstaates zuständig war. Der Angriff auf die Sowjetunion vereinte Hitlers Ziele (Vertreibung der Juden aus Europa, Eroberung von Lebensraum und Weltmachtstellung Deutschlands) konkret und verhalf dem Holocaust zum Durchbruch. Den Holocaust sieht Kershaw als ein Sichhochschaukeln von eher allgemein gehaltenen Reden Hitlers gegen die Juden und der Bereitschaft von Staats- und Parteifunktionären, „dem Führer entgegenzuarbeiten“.

Kapitel wie die über den Zweiten Weltkrieg, die Attentatsversuche gegen Hitler oder Heß' Englandflug sind gelungene, in sich fast abgeschlossene Essays. Diese Konzentrate machen Kershaws übersichtlich angeordnete Biografie zu einem Nachschlagewerk über die deutsche Geschichte von den zwanziger Jahren bis 1945. Etwas zu thesenhaft sind Kershaw's Anmerkungen über den alliierten Luftkrieg. Zu fragen wäre auch, ob der Hitler, den Kershaw uns vorstellt, nicht rationaler ist, als das Original. Kershaws die psychologische Deutung möglichst meidender Ansatz bringt es mit sich, dass er Hitlers „Besessenheit“, seinen Wahn von der Erlösermission, beiläufig als isoliertes „pseudoreligiöses Element“ behandelt. Im Epilog, also außerhalb der Biografie, führt Kershaw dieses Thema knapp aus, ohne es methodisch in sein Werk integriert zu haben.

„Das alte Deutschland war mit dem Ende Hitlers erledigt“, lautet Kershaw's letzter Absatz. Hybris habe Hitler auf den Weg gebracht, an dessen Ende Nemesis ihn und mit ihm Deutschland geschlagen habe. Ganz vernichtet hat die Rachegöttin den überheblichen Hitler allerdings nicht. Im neuen Deutschland lebt er unter den Enkeln seiner Anhänger im Geist weiter.

F.P. Heller

Kershaw, Ian: Hitler 1936 - 1945, Aus dem Englischen von Kochmann, Klaus, München 2000 (Deutsche Verlagsanstalt), 1344 Seiten, 88 Mark.

Aktivitäten**Landsleuten helfen**

Ein extrem rechter Verein wirbt dafür, dass Deutsche bei „deutschen Familien in den alten Ostgebieten“ Urlaub machen sollen.

Das „Freundschafts- und Hilfswerk Ost e.V.“ hat im vergangenen Jahr 50 Tonnen mit Hilfsgütern an „Landsleute in Schlesien, Hinterpommern, Westpreußen und in das südliche Ostpreußen“ transportiert. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Förderung des außerschulischen Unterrichts für Deutsche jenseits von Oder und Neiße. Dies berichtet die revanchistische Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ in ihrer Ausgabe vom 6. Januar. Autor des Beitrages ist Klaus Hoffmann, seit 1994 Vorsitzender des „Freundschafts- und Hilfswerk Ost e.V.“, das 1991 von dem verstorbenen NPD-Spitzenfunktionär Karl-Heinz Vorsatz gegründet wurde. Der im damaligen Breslau 1940 geborene Immobilienkaufmann Hoffmann bezeichnet sich selbst als „langjährigen Kämpfer für die nationale Sache“. Hoffmann war zeitweilig Bundesvorstandsmitglied und stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Niedersachsen, Mitglied der damaligen „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess“ und ehemals niedersächsischer Gauführer der neonazistischen Wiking-Jugend (WJ).

„Wir wollen“, heißt es in einem Papier des extrem rechten „Freundschafts- und Hilfswerks Ost“, „dass unsere Landsleute in den angestammten Heimatgebieten bleiben und nicht umsiedeln.“ Zu deren Unterstützung ruft das Hilfswerk daher „Heimatreue“ dazu auf, „Urlaub bei deutschen Familien“ in den „alten Ostgebieten“ zu machen. Ein Verzeichnis „Deutsche wohnen bei Deutschen“ hilft bei der Suche nach Gleichgesinnten. Wer dennoch nicht selbst fündig wird, dem hilft das FHWO direkt und vermittelt Einzelreisenden und Gruppen die entsprechenden Kontakte.

Seinen Sitz hat das „Freundschafts- und Hilfswerk“, das über „100 Stützpunkte in ganz Deutschland“ verfügen will, in der niedersächsischen Stadt Bad Bevensen. Der Leitspruch des Vereins lautet unverdrossen: „Wir glauben daran, dass DEUTSCHLAND niemals untergeht, wenn der DEUTSCHE fest und treu zum DEUTSCHTUM steht.“

Anton Maegerle

Aktivitäten**Vielgefragter Redner**

Politische Weiterbildung in Sachen „germanische Mythologie“ stand jüngst auf dem Schulungsprogramm der sächsischen NPD-Kreisverbände Delitzsch, Meißen und Löbau-Zittau. Referent des „ungewöhnlich gelungenen Vortrages“ war der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub. Über dessen Referatsauftritte berichtet Wolfgang Schüler, vormals DVU-Landesvize in Sachsen, in diversen NPD-Blättern.

Demnach wettete Schaub in seinen Ausführungen gegen die „Vorstellung allgemeiner Menschenrechte“, einer „Ideologie“, die seiner Auffassung nach „von höchst intelligenten Hinterzimmerkreisen Frankreichs, Englands und Nordamerikas“ hervorging und auf eine „Weltdiktatur durch Einebnung alles völkisch und kulturell Eigenständigen“ ziele. Diesem Bild des „Einheitsmenschen“ stellte Schaub „das organische Menschenbild der germanischen Mythologie entgegen“, an deren Spitze die Götter Odin, We und Wili stehen.

Schaub, einer der Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Zeitgeschichte (AEZ), dem Zusammenschluss der Schweizer Holocaust-Leugner, avanciert in der bundesdeutschen rechtsextremen Szene zunehmend zu einem vielgefragten Referenten. In den Jahren 1999/2000 war er unter anderem bei der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG), einer Abspaltung von den Jungen Nationaldemokraten (JN), dem neu-rechten Synergon, beim neuheidnischen Freundeskreis Zeitenwende, bei der rassistischen Artgemeinschaft unter Führung des Neonazi-Anwaltes Jürgen Rieger sowie der Feier zum 30. Jahrestag der rechtsextremen Deutschen Bürgerinitiative (DBI) zugange. Schaub's Vortrag über „Das Reich“ war der „Höhepunkt“ der Feier, die im Sommer vergangenen Jahres auf dem Anwesen des Rechtsterroristen und DBI-Vorsitzenden Manfred Roeder auf dem hessischen Knüll stattfand.

Der „Reichsidee“ verpflichtet fühlt sich auch ein Pseudonymus namens „Hans Herzog“, der im vergangenen Oktober auf der Referentenliste einer gemeinsamen Veranstaltung von Synergon und dem neuheidnischen Verlag Zeitenwende zum 100. Todestag von Friedrich Nietzsche stand. Szene-internen Kenntnissen zufolge soll es sich bei Schaub und „Herzog“ um eine Person handeln. *A.M.*

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Nation&Europa“ (NE), 51. Jg., Heft 1/2001:

„Nation&Europa“, die prominente rechtsextreme Zeitschrift, die diese Republik nahezu von Anbeginn begleitet hat, feiert ihren 50. Gründungstag. Peter Dehoust, der vor 30 Jahren nach dem Tod des Gründers Arthur Ehrhardt die Herausgeberschaft übernahm, erinnert daran, „wieviele Zeitschriften in dieser Zeit auf der Strecke geblieben, wieviele Strohfeuer rechts und links des Weges erloschen (seien), die der politischen Rechten Heimat und Durchbruch verhießen!“ Diese stolze und zugleich resignative Feststellung könnte zu der mokanten Kommentierung verleiten, auch NE sei letztlich folgenlos geblieben und habe das selbst gesetzte Ziel - Durchbruch der politischen Rechten - nicht erreicht, letztlich die Entwicklung eines demokratischen Deutschland nicht behindert. Dennoch war, wie der Rückblick ausweist, NE ein Forum all derer, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges für Deutschland eine andere Entwicklung wünschten, als sie denn eingetreten ist. Zum Tagesgeschäft bringt Werner Baumann eine bis zur Beleidigung („naive Jule“) hämische Betrachtung, „was will eigentlich Angela Merkel“, in der ihr Führungsqualität und „Gespür dafür, was die Deutschen wirklich bewegt“, abgesprochen werden. Dies gipfelt in massiven Ausfällen gegen den Zentralrat der Juden, in denen uns Leo Baeck als vorbildlicher jüdischer Repräsentant gelobt wird, der anders als Spiegel und Friedman antideutschen Kampagnen entgegengetreten sei. In seinem unabänderlichen Bemühen, die Rechte zu einen (deren Masse er einen „relativ schwachen Bildungsstand“ bescheinigt), versteigt sich Franz Schönhuber zu dem absonderlichen Vergleich. Die „deutschen Patrioten“ litten unter „Lagerkoller“ und setzten, „bedingt durch jahrelange Ghettoisierung“ „ein Verhalten fort, das schon im Dritten Reich in den KZ's zu beobachten war: Häftlinge ... betrieben die ... Kämpfe zum Hohn der Wächter innerhalb der Stacheldrähte im Lager weiter.“ Gefeierte wird die Rechts-Rock-Gruppe „Carpe Diem“, Ableger der „Identitätsrockbewegung“, die sich als nationale, grüne und gewaltfreie Vorkämpfer gegen ein „Sklavendasein in einer 'Neuen Weltordnung'“ verstehen. Die Radikalisierung „systemkritischer Gruppierungen“, spricht: die Skinszene beherrschender, ist danach ein Produkt von Bespitzelung und Unterwanderung durch den Staat. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 50, 51/00, 52/00-1/01:

Wellen der Empörung schlägt in der JF das „Mediendebakel“ Sebnitz. Ein Klima der Hysterie und Denunziation habe den „Gesinnungsjournalismus“ hervorgebracht, der „den ungezügelden Hass auf das Eigene“ dokumentiere. Ein Boulevard-Blatt wie „Bild“ sei inzwischen zum „Stichwortgeber für Kampagnenblätter mit notorisch gutem Gewissen“ wie „Süddeutsche“ oder „Frankfurter Rundschau“ geworden, lamentiert JF-Autor Michael Wiesberg. Auch der „Spiegel“ bediene sich inzwischen der aus „der DDR stammenden Antifa-Methode“, dem politischen Gegner eine Schlinge um den Hals zu legen, sekundiert Volker Kempf. Ins Visier des Nachrichtenmagazins sei der Düsseldorfer CDU-Oberbürgermeister Joachim Erwin geraten, dem Kungeleien mit Rechtsextremen vorgeworfen worden waren. Dermaßen in die Enge getrieben, habe dieser jetzt zu allem Überdruß gar den NRW-Verfassungsschutz zu Rate gezogen, wird kritisiert (50/00). Eine Lanze für die Republikaner bricht der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Uhl; diese würden ja wohl keine „aggressiv-kämpferische Grundhaltung“ zeigen. Außerdem sei die Kampagne von Rot-Grün und Teilen der Medien gegen Rechtsextremismus längst zu einem „Kreuzzug“ gegen alles, was sich „rechts der Mitte“ tummele, geworden, beklagt der CSU-Politiker in der JF. Besonders Bundeskanzler Schröder habe bei der „Kampf-gegen-Rechts-Kampagne“ Öl ins Feuer gegossen“, betont hier auch JF-Chefredakteur Dieter Stein (51/00). Klaus Hornung sieht in dem Aufruf Gerhard Schröders an alle „Anständigen“ gar den Weg bereitet für einen „fortschrittlich-antifaschistischen Ideologiestaat“ - weg von dem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat (52/00-1/01). Den FPÖ-Politiker Peter Sichrowsky stimmt es bedenklich, dass „mehr als 50 Jahre nach dem Holocaust Menschen in Europa sich so einfach aufhetzen“ und als „antifaschistische Helden“ feiern ließen, wie es bei den von der EU verhängten Sanktionen gegen Österreich geschehen sei (50/00). Ein Gastspiel als JF-Autorin gibt wieder mal die frühere REP-Europaabgeordnete Johanna Grund mit ihrer Anti-EU-Rhetorik. Deutschland gelte in der EU immer noch nicht als normales Land, da „nationaler Masochismus peinlichster Art den deutschen Alltag“ regieren würde. Grund ruft die Völker auf, sich vom Zwang zu befreien, auf Heimat und Vaterland zurückzubedenken und gegen die ihnen „verordneten Regeln der Vermassung“ aufzustehen, damit die EU-Visionäre nicht „ihren Traum vom Vierten Reich“ weiterverfolgten (51/00). (gn)

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** - In der Januar-Ausgabe der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“ macht erstmals ein „Deutschherrenklub“ (Postfachadresse: Berlin) auf sich aufmerksam: „Konservativ in Tradition, innovativ im Handeln, frei im Geist, neu im Netz.“ Macher des „Deutschherrenklubs“ ist der einstige Gründungsvater der Neonazi-Skin-Truppe „Kreuzritter für Deutschland“, Andreas Voigt, der vor zwei Jahren mit seiner braunen Szene-Kneipe „Cafe Germania“ in Berlin Pleite gegangen ist. Auf der Homepage des „Deutschherrenklubs“ heißt es: „Wer Sebnitz hasst, hasst auch Deutschland, wer Deutschland hasst, ist der wahre Feind. ... Gehirn einschalten, Betroffenheitsmaske ab, Gesicht zeigen! Es lebe Sebnitz, es lebe Deutschland!“ Im Gästebuch finden sich unter anderem Grußbotschaften von Frank Rennicke und dem NPD-Kreisverband Riesa-Großenhain.

■ **Berlin** - Dem NPD-Mitglied und Rechtsanwalt Horst Mahler droht der Ausschluss aus der Berliner Vereinigung der Strafverteidiger. Anwalt Hans Joachim Ehrig, der Anfang Januar den Antrag stellte, Mahler aus der rund 400 Mitglieder zählenden Standesorganisation hinauszuerwerfen, ist der Ansicht, dass die Bekämpfung der Neonazis „keine Sache (sei), die man allein der Polizei und der Politik überlassen kann“, wie ihn der „Tagesspiegel“ zitierte. Mahler soll die NPD als Rechtsanwalt in Karlsruhe vertreten. Die Bundesregierung will laut Ankündigung von Innenminister Schily den Verbotsantrag gegen die NPD noch im Januar stellen.

■ **Berlin** - Der zum Anhängerkreis von Horst Mahler zählende Berliner Klaus Weichhaus hat im Dezember an „Liebe Kolleginnen und Kollegen“ der Medien einen Text verschickt, in welchem er betont, dass die „Existenz des Staates Deutsches Reich“ feststehe. In dem Schreiben zitiert Weichhaus, der 1998 für die PRO DM-Partei zum Bundestag kandidierte, Mahler folgendermaßen: „Niemand - kein Funktionär der staatlichen Verwaltung, kein Politiker und kein Bürger - kann sich darauf berufen, er habe darauf vertraut, dass das Deutsche Reich untergegangen sei und die Reichsgesetze ihre Geltung verloren hätten ... Aus der Fortexistenz des Deutschen Reiches folgt, dass die reichsordnungsgemäß beschlossenen und verkündeten Gesetze des Deutschen Reiches fortgelten.“

■ **Brackenheim** - Ein Landesparteitag der baden-württembergischen NPD soll am 13. Januar in Brackenheim (Kreis Heilbronn) stattfinden, wie Landessprecher Janus Nowak gegenüber der Presse bestätigte. Die NPD will damit den Wahlkampf zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 25. März einläuten. Ob der Parteitag tatsächlich stattfinden kann, ist zurzeit noch unklar. Die NPD hat angekündigt, sich notfalls gerichtlich einzuklagen. Der laut Eigenangaben 500 Mitglieder zählende NPD-Landesverband hat noch in anderen Städten und Gemeinden nach einer Halle angefragt.

■ **Duisburg** - An einem geheim gehaltenen Ort im Ruhrgebiet führt die Führungsspitze der „Revolutionären Plattform“ (RPF) am 13. und 14. Januar eine konspirative Veranstaltung durch. Mobilisiert wurde dafür auch über die Homepage der Duisburger Jungen Nationaldemokraten, deren Kader zugleich in den örtlichen Freien Kameradschaften aktiv sind. Als Redner sind neben anderen Horst Mahler, Steffen Hupka, Thomas Wulff und Reinhold Oberlercher angekündigt.

■ **Essen** - Die Freien Nationalisten in Nordrhein-Westfalen bejubeln auf ihrer Homepage die militanten Übergriffe auf eine Synagoge am 9. Oktober in Essen als „Reichskristallnachtstimmung“: „Am helllichten Tag haben aufgebrachte Palästinenser ... die jüdische Synagoge in Essen aufgesucht und versucht diese zu demontieren. Mit Steinen, Flaschen und alles was man zum Werfen benutzen kann, ging der Sturm auf die Synagoge los...“ Umrahmt sind die Zeilen mit Fotos, die ein Neonazi kurz nach dem Angriff auf die Synagoge machte, um die „Eindrücke des palästinensischen Volkszorns“ zu dokumentieren.

■ **Föhr** - Der neonazistische Volksbund Deutsches Reich (VBDR) unter Führung von Klaus Huscher aus Nürnberg, ruft zu einer Kundgebung am 20. April in Wyk/Föhr auf. Das Motto der Veranstaltung lautet: „Das Deutsche Reich ist de jure existent“. Redner soll unter anderem Ulrich Schwetasch, Ex-Mitglied der NPD/JN und der DVU, sein. Huscher (Jg. 1931), einst enger Weggefährte des verstorbenen Holocaust-Leugners Thies Christophersen, ist der Auffassung, dass „in Deutschland als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ besteht. Anlass für die Kundgebung soll der Hochzeitstag (20. April!) von Christophersen sein. Eine am 20. April 2000 von Huscher angemeldete Kundgebung in Wyk war gerichtlich verboten worden.

■ **Frankenthal/Ludwigshafen** - Der Ludwigshafener Neonazi-Kader und NPD-Funktionär Christian Hehl (31) wurde Ende November aus der Haftanstalt Frankenthal entlassen, wo er seit Juni 1999 eine Haftstrafe unter anderem wegen Körperverletzung verbüßte. Da Hehl eine Geldstrafe von 5000 Mark beglich, blieben ihm weitere sieben Monate Haft erspart. Das Anfang des vergangenen Jahres eingerichtete Spendensammelkonto (vgl. BNR 6/00) zugunsten des Neonazis („Freiheit für Hehl“) bei der Postbank Ludwigshafen war von der Bank im August gekündigt worden. Der mehrfach vorbestrafte Skinhead Hehl war vorübergehend sogar Freigänger, ehe er mit einem Interview gegen die Auflage, sich nicht einschlägig politisch zu betätigen, verstieß. Während seiner gesamten Haftzeit wurde Hehl von der neonazistischen Knastorganisation HNG betreut.

■ **Hamburg** - In einem mehrseitigen Statement mit dem Titel „Der Quantensprung in den Sündenfall“ (Dezember) ereifert sich Christian Worch über den vom NPD-Parteivorstand am 9./10. Dezember erlassenen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die „Revolutionäre Plattform“ (RPF). Den Mitgliedern des NPD-Parteivorstandes attestiert der führende Kopf der so genannten Freien Nationalisten einen ausgeprägten „Autismus“, der ansonsten nur bei „Schizophrenen und anderen Psychotikern“ zu finden sei. „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“, so Worch, seien „ein klassisches Symptom für Selbstisolation. Womit die NPD den Versuch der Herrschenden, sie gesellschaftlich zu isolieren, noch damit toppt, dass sie von sich aus ihn weiter fördert und unterstützt“. Der Hamburger Neonazi hält es lieber mit der RPF. In einem Aufruf der RPF zur Demonstration am 4. November 2000 in Berlin hieß es: „Ein Verbot der NPD wird so sicher kommen, wie die Fortsetzung unseres Kampfes danach.“

■ **Hamburg** - Der rechtsextremen Deutschen Konservativen (Hamburg) arbeiten an der Wiederbelebung ihrer einstigen Jugendorganisation Konservative Jugend Deutschlands. Die früheren Leiter der Gruppe, Michael Stange und Detlev Huber, wollen bis spätestens März ein erstes Treffen mit Interessierten durchführen. Geplant ist weiterhin, wie der Vereinsvorsitzende Joachim Siegerist im Dezember-Rundschreiben bekanntgab, in Zusammenarbeit mit der „Jungen Freiheit“ eine eigene Zeitung erscheinen zu lassen.

■ **Hof-Rudelstetten** - Ralf Ollert (Jg. 1958), bisher NPD-Bezirksvorsitzender von Mittelfranken

und zuvor JN-Landesvorsitzender, ist neuer NPD-Landesvorsitzender in Bayern. Der Großhandelskaufmann löste auf dem 34. ordentlichen NPD-Landesparteitag, der am 18. November in Hof-Rudelstetten stattfand, den bisherigen Landesvorsitzenden Franz Salzberger in seinem Amt ab. Stellvertreter von Ollert wurden der JN-Bundesvorsitzende Sascha Roßmüller und Salzberger.

■ **Königstein** - Rund 250 junge Rechtsextreme feierten am 23. Dezember auf dem Festplatz der Festung Königstein in der sächsischen Schweiz die Wintersonnenwende. Geschmettert wurden Lieder wie „Flamme empor“ und „Deutschland, Deutschland, über alles“. Nach dem Ende des rechtsextremen Aufmarsches wurden von der Polizei die Personalien der Teilnehmer festgestellt. Darüber mokierte sich der Dresdner NPD-„Netzmeister“ Jens Lehmann auf der Homepage „Heimatschutz“: „Man überlege sich einmal, was dies für ein Schwachsinn ist, ja es war reine Schikane! Junge Menschen werden wegen ihrer Religion vom System terrorisiert und verfolgt.“

■ **Lüßum/Bremen** - Bei dem NPD-Landesvorsitzenden von Bremen, Jörg-Hendrik Wrieden, fand im Dezember eine Hausdurchsuchung statt. Anlass war ein seit Juli laufendes Ermittlungsverfahren gegen den 39-jährigen arbeitslosen Kraftfahrer wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Sichergestellt wurden bei der Hausdurchsuchung neben Schriftstücken mit Hakenkreuz-Emblemen auch zahlreiche Schlagwerkzeuge wie ein Elektroschockgerät sowie eine ausziehbare Stahlrute und Schreckschuss-Waffen. Wrieden war von 1979 bis 1992 NPD-Mitglied und kehrte der Partei dann wegen „Führungsschwächen innerhalb der NPD“ den Rücken. Bis 1998 war er in der „Freien Kameradschaft Bremen“ aktiv und trat 1998 wieder in die NPD ein. Zum Landesvorsitzenden wurde er im November 1999 gekürt.

■ **Massen (Lausitz)** - Bürgermeister Wilfried Klähr hat die Gaststätte Zur Linde, die seit 1992 von Rechtsextremen als Treffpunkt und unter anderem als viel besuchter Konzertort genutzt wurde, für seine Gemeinde gekauft. Organisator solcher Veranstaltungen so genannter Freier Kameradschaften war zumeist der Hamburger Neonazi Christian Worch. Nachweislich war der Treff auch Ausgang von gewalttätigen Überfällen. Da Verbote von Gerichten aufgehoben wurden und auch die kürzliche Entziehung der Betriebskonzession zunächst vor dem Verwaltungsgericht wegen angeblich fehlen-

der Gefahr keinen Bestand hatte, entschloss sich der Gemeinderat zu dem Schritt, um den schlechten Ruf der Lausitz-Gemeinde zu retten.

■ **Münster** - Das Oberverwaltungsgericht Münster hat die Beobachtung der nordrhein-westfälischen Republikaner durch den Landesverfassungsschutz Ende Dezember für zulässig erklärt und eine Berufung der REP zurückgewiesen. Nach Auffassung des Gerichts bestehen weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen der REP gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

■ **Schwarzenborn** - Der verurteilte Rechtsterrorist Manfred Roeder (71) sammelt derzeit wieder Geld unter seinen Sympathisanten. Grund ist dieses Mal die Abfindung an seine geschiedene Frau in Höhe von 300 000 Mark, die im Gegenzug Manfred Roeder den Knüll überlässt. Das Haus Richberg im nordhessischen Schwarzenborn war auf Gertraud Roeder im Grundbuch eingetragen. Diese hatte nach der Trennung von ihrem damaligen Ehemann 1999 eine Räumungsklage gegen ihn erhoben (vgl. BNR 7/99). Inzwischen erfolgte die Scheidung und der Auszug aus dem Knüll. „Im Vertrauen darauf, dass ich im Sinne meiner Freunde handle, erkläre ich mich bereit, die 300 000 Mark aufzubringen, um den Knüll zu erhalten, ohne zu wissen, woher das Geld kommen könnte.“ Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat durch Urteil des OLG Frankfurt Roeder endgültig ausschließen lassen, „weil ich durch meine Aktionen angeblich das Ansehen des Vereins geschädigt hätte“, erklärte Roeder in seinem Rundbrief. Gefeierte wurde auf dem Anwesen Roeders auch die Wintersonnenwende: „40 Kameraden aus weiten Teilen des Reiches waren gekommen um das Erbe unserer Ahnen aufrecht zu erhalten.“ Anwesend waren unter anderem SS-Veteranen und Aktivisten der Kameradschaft Eisenach.

■ **Zschopau** - Bei einem als Weihnachtsfeier getarnten Skinhead-Konzert im sächsischen Zschopau stieß die Polizei am 16. Dezember auf ein ganzes Waffenarsenal. Fünf Maschinenpistolen, Karabiner, ein Scharfschützengewehr, Handfeuerwaffen, Munition, Handgranaten, Zündschnüre, Sprengstoff und Teile einer Werfergranate konnten die Beamten in der Gaststätte Feldschlösschen sicherstellen. Die 79 dort kontrollierten Rechtsextremisten waren aus Sachsen und Thüringen angereist. Weder die braunen Gäste noch die Musiker wollten den Namen der aufgetretenen Band verraten.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 01-2001 / Abo 5292719000
Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

###9

Ausland

■ **Schweiz (Meilen)** - Der 83-jährige Schweizer Holocaust-Leugner Arthur Vogt ist erneut verurteilt worden. Das Bezirksgericht Meilen/Kanton Zürich bestrafte das Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für die Erforschung der Zeitgeschichte zu einer Buße von 25.000 Franken, weil er in den vergangenen Jahren in seiner Zeitschrift „Aurora“ die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich bestritt. Seine Artikel überschrieb Vogt mit „Die Etablierung des Holocaust als Staatsreligion“ sowie „Hitlers Beitrag zur Gründung Israels“. Erst im Juli hatte das Bundesgericht eine Buße von 18.000 Franken für Vogt letztinstanzlich bestätigt.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto